

20

# Funktioniert die Schweiz auch ohne Ausländer?

Nächstes Jahr stimmen wir über die 10-Millionen-Initiative ab. Auf dem Spiel stehen die Personenfreizügigkeit und das Betreiben von ganzen Branchen, wie das Spital Basel zeigt. Von René Donzé

Rund 600 Stellen muss das Universitätsspital Basel jedes Jahr neu besetzen. Ohne Personenfreizügigkeit dürfte es zu Lücken im Personalbestand kommen.

**M**itten auf dem Areal des Universitätsspitals Basel klappt ein Loch. Tief haben sich die Bagger ins Erdreich gegraben. Nun legen Arbeiter Armierungseisen für das Fundament aus. Durch ein Fenster in der Baustellenwand beobachten Patienten und Mitarbeiter, wie hier ein neuer Trakt entsteht; dreizehn Stockwerke soll er dereinst in die Höhe ragen.

Raum ist knapp im historischen Universitätsviertel. Das Spital, das hier gewachsen ist, stösst an Grenzen. Doch nicht nur der Platz ist ein Problem. Wie die meisten Spitäler kämpft auch das Universitätsspital Basel (USB) mit dem Fachkräftemangel. «Die Schweiz bildet zu wenig Ärzte und Pflegepersonal aus», sagt die Personaldirektorin Raphaela Meier. Nicht von ungefähr hat bei nahe die Hälfte der Belegschaft inzwischen einen ausländischen Pass (Grafik). Ein Teil pendelt täglich aus Deutschland und Frankreich, der andere lebt in der Schweiz. «Ohne Mitarbeitende aus dem Ausland könnten wir gar nicht richtig funktionieren», sagt Meier.

Das grenznahe Basler Spital steht mit seinem hohen Ausländeranteil nicht allein da. Schweizweit beträgt er in den Spitäler rund einen Drittel, besonders hoch ist er im Tessin und in der Westschweiz. Im Luzerner Kantonsspital und im Inselspital Bern liegt er bei rund 25, am Universitätsspital Zürich bei sogar 37 Prozent. Die hohe Spezialisierung der Universitätsspitäler spielt ebenfalls eine Rolle, sagt Meier: «Der Fachkräftemangel ist auch eine Frage der Qualifikation.» Je höher die Anforderungen ans medizinische Personal, desto schwieriger die Suche.

## Abbau von Betten

In Zukunft könnte dies für die Spitäler noch anspruchsvoller werden. 2026 stimmt die Schweiz über die sogenannte Nachhaltigkeitsinitiative der SVP ab. Sie verlangt, dass die Bevölkerung auf höchstens zehn Millionen begrenzt wird – mit

weitreichenden Folgen: Würde das Szenario eintreffen, hätte dies die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU zur Folge.

Für das USB wäre dies ein gravierender Einschnitt. «Für uns ist das fast nicht vorstellbar», sagt Meier. «Wir müssen uns auf stabile Beziehungen zu unseren Nachbarländern verlassen können.» Natürlich müsste das Spital den Betrieb deswegen nicht einstellen. Bereits in der Schweiz wohnende Angestellte und Grenzgänger wären nicht betroffen von einer Obergrenze.

Doch Neurekrutierungen würden erheblich erschwert. Bei einer Fluktuation von gut 7 Prozent und rund 8500 Angestellten hat das USB jedes Jahr rund 600 Stellen neu zu besetzen. Eine allfällige Rückkehr zu Kontingenten für ausländische Arbeitskräfte würde Unsicherheiten schaffen, erheblichen administrativen Aufwand bedeuten und Lücken im Personalbestand aufreissen. Was das konkret bedeuten würde, lässt sich nur erahnen. «Es würde dazu führen, dass man Leute nicht mehr wie gewohnt behandeln kann

oder dass es lange Wartezeiten gibt», sagt die Personaldirektorin. Sie geht davon aus, dass vor allem höher qualifizierte Pflegefachpersonen – etwa für die Intensivstation oder die Onkologie – noch schwieriger zu finden wären. Problematisch würde es auch bei spezialisierten Ärzten. «Auf Personalengpässe müssten wir mit einem Abbau von Spitalbetten reagieren.» Das erlebte das USB, wie andere auch, schon nach der Corona-Krise, als viele Pflegekräfte erschöpft ausstiegen.

Klar ist: Getroffen würde das USB im Kerngeschäft – der hochspezialisierten Medizin und der Forschung. «Gerade diese lebt von der Internationalität», sagt Meier. Zusätzlich erschwert wird die Lage durch die alternde Bevölkerung und komplexere Behandlungen. Die Schere zwischen Anspruch und Realität geht ohnehin auf.

Frédérique Foell ist eine jener Fachkräfte aus dem Ausland, auf die das USB angewiesen ist. Begonnen hat die Französin als Pflegefachfrau; heute leitet sie die Pflegeabteilung der Herzklinik mit rund hundert Mitarbeitenden. Sie hat Kolleginnen

und Kollegen aus der Schweiz und aller Welt eingestellt – aus Portugal, Peru oder Brasilien, vor allem aber aus Deutschland und Frankreich.

Für viele von ihnen sei das Basler Spital «ein Paradies», sagt Foell. «Hier haben wir im Vergleich zu Frankreich oder Deutschland noch Zeit für die Patienten.» Ohne ausländische Mitarbeitende liesse sich der hohe Standard aber nicht halten. Und auch menschlich wäre es ein Verlust: Die Teams leben von ihrer Vielfalt. «Unsere Patienten stammen ja ebenfalls aus verschiedenen Ländern und verstehen nicht alle Deutsch», sagt Foell. Rund ein Drittel von ihnen hat einen ausländischen Pass.

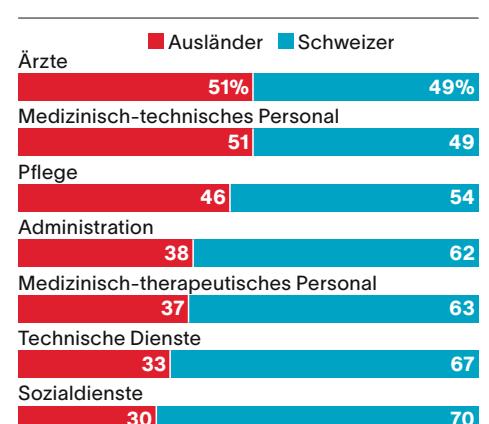
## Selber mehr ausbilden

Der Basler SVP-Nationalrat und Gesundheitspolitiker Thomas de Courten hingegen sieht das alles nicht so schwarz. Allfällige Einschränkungen bei der Rekrutierung ausländischer Fachkräfte wären nicht schlecht, findet er. Das würde den Druck auf die Spitäler erhöhen, «etwas gegen das ungebremste Mengenwachstum im Gesundheitswesen zu unternehmen», sagt er. Zudem würde sich die Initiative auch dämpfend auf die Zahl der Patienten auswirken.

Personaldirektorin Meier sagt, die Schweiz müsse ohnehin mehr Gesundheitspersonal ausbilden – unabhängig davon, ob der Zugang zu Fachkräften aus dem Ausland eingeschränkt würde. Darauf setze auch das USB: «Unser Ziel ist, die Hälfte der Pflegenden selber auszubilden», sagt sie. Zudem gelte es, die Arbeitsbedingungen attraktiv zu gestalten und die Fluktuation so gering wie möglich zu halten. Jedes zusätzliche Berufsjahr im Spital entlaste die Rekrutierung.

Auf dem Areal wächst der neue Trakt langsam in die Höhe. Dass darin auch künftig viele Fachkräfte aus dem Ausland arbeiten werden, steht außer Frage. Das Universitätsspital war schon vor der Personenfreizügigkeit auf sie angewiesen – und wird es immer bleiben.

Ausländische Mitarbeiter am Universitätsspital Basel  
nach Berufsgruppe



nach Nationalität	
Deutschland	26,5%
Frankreich	4,5%
Italien	3,4%
Spanien	1,3%
Österreich	1,2%
Portugal	1,1%
Türkei	0,8%
Serbien	0,6%
Griechenland	0,5%
Polen	0,5%
Andere	6,6%

Quelle: Universitätsspital Basel

